

Antrag

des Abgeordneten Martin Steiner und der Liberal-Demokratischen Fraktion

Städte gezielt unterstützen - Parkraum erhalten, Innenstädte stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Innenstädte in der Bundesrepublik Deutschland stehen vor wachsenden Herausforderungen. Wirtschaftlicher Strukturwandel, sinkende Besucherzahlen, steigende Mieten und zunehmender Leerstand gefährden ihre Funktion als wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zentren. Gleichzeitig wird der Zugang zu innerstädtischem Raum zunehmend erschwert, da viele Städte Parkflächen abbauen, Gebühren erhöhen oder Zufahrten begrenzen.

Dies hat direkte Auswirkungen auf eine Vielzahl von Menschen und Berufsgruppen. Handwerksbetriebe, Einzelhandel, Dienstleister, Lieferdienste, Familien, ältere Menschen und Berufspendler sind auf eine erreichbare Innenstadt angewiesen. Wenn Stellplätze fehlen oder kaum nutzbar sind, meiden viele den Weg in die Stadt - mit negativen Folgen für die lokale Wirtschaft, das soziale Leben und die städtische Infrastruktur.

Der pauschale Rückbau von Parkraum löst keine Verkehrsprobleme. Eine moderne Stadtentwicklung muss auf pragmatische und technologisch sinnvolle Konzepte setzen. Dazu gehören digitale Parkraum-Steuerung, die intelligente Nutzung von Bestandsflächen, der Bau von Quartiersgaragen und Tiefgaragen sowie neue Nutzungsideen für brachliegende Flächen oder bestehende Verkehrsstrukturen.

B. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Förderprogramm aufzulegen, das den Bundesländern finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um gezielt städtische Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Parkraum in Innenstädten zu unterstützen. Dabei sollen die Länder als Mittler fungieren, um Städte und Gemeinden vor Ort entsprechend ihrer konkreten Bedürfnisse zu fördern - sei es beim Neubau von Tiefgaragen, bei der

Digitalisierung von Stellplatzmanagement oder bei der intelligenten Umgestaltung bestehender Flächen.

Darüber hinaus sollen die Länder in die Lage versetzt werden, kommunale Vorhaben zur digitalen Parkraum-Steuerung zu unterstützen. Dazu gehören etwa moderne Parkleit-Systeme, App-basierte Bezahlungsmöglichkeiten, die Echtzeit-Erfassung freier Stellplätze und nutzerfreundliche Lösungen zur Verkehrslenkung.

Auch soll das Förderprogramm es den Ländern ermöglichen, Städten beratend und finanziell zur Seite zu stehen, wenn es um die Umnutzung von Brachflächen oder den Ausbau bestehender Parkmöglichkeiten geht. Ebenso sollen Anreize geschaffen werden, privat finanzierte Stellplätze öffentlich zugänglich zu machen - sofern diese in kommunale Mobilitätsstrategien integriert sind.

Begleitend dazu wird die Bundesregierung gebeten, eine bundesweite Untersuchung zu beauftragen, die die Auswirkungen schrumpfender innerstädtischer Parkflächen auf Handel, Gewerbe, Mobilität und soziale Teilhabe erfasst.

Ziel ist es, durch ein gezieltes Bundes-Länder-Programm die Handlungsspielräume der Städte zu erweitern - damit sie eigenverantwortlich und bedarfsgerecht über ihren Parkraum entscheiden können.

Berlin, den 08.06.2025

Martin Steiner und Liberal-Demokratische Fraktion